

Sixtus Lanner

„WENN DIE CHEMIE NICHT
STIMMTE, NÜTZTE AUCH
GEMEINSAME IDEOLOGIE
WENIG“



Sixtus Lanner, geboren am 12. Mai 1934, Studium für Bodenkultur und Welthandel an der Universität Wien und der Universität in Illinois (USA), Promotion zum Dr. rer. nat., leitende Tätigkeit in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer Österreichs, Leiter des Referates für Agrarpolitik und Integration, 1969–1976 Direktor des Österreichischen Bauernbundes, Mitglied der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates, 1971–1996 Mitglied des Österreichischen Nationalrates, 1976–1982 ÖVP-Generalsekretär und Vizepräsident der EUCD, 1987–1992 Präsident der Agrarkommission.

Das Interview fand am 19. Mai 2011 in Wien statt und wurde geführt von Johannes Schöner.

Bevor wir auf die Rolle der europäischen Christdemokraten bei der Integrationspolitik zu sprechen kommen wollen – und Sie haben viele Jahre in diesem Spannungsfeld zwischen nationaler und internationaler Politik verbracht – möchte ich mit einer allgemeinen und bedeutenden Frage beginnen. Unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten bewirkten immer wieder Krisen innerhalb der EUCD, der EVP und der EDU. Wie konnte ein ÖVP-Spitzenpolitiker, somit auch an der Nahtstelle zwischen Partei und internationaler Struktur, zwischen diesen Blöcken vermitteln? Was die Frage aufwirft: Wie wichtig war die „persönliche Chemie“ in den transnationalen Parteienkooperationen?

Das ist eine entscheidende Frage, und zwar nicht nur für die internationale Zusammenarbeit. Ich möchte es anhand eines Beispiels aus dem Jahre 1976 verdeutlichen. Bei einem Treffen der EUCD in Salzburg war auch Margaret Thatcher dabei. Thatcher war damals in Opposition

und es war nicht absehbar, dass sie in nächster Zeit in die Regierung kommen werde. Sie stand damals bei vielen in Europa im Ruf, gestrige Ideen zu vertreten. Wiederholt konnte man hören: „Mit Margaret Thatcher lassen wir uns nicht fotografieren.“ Die sei eindeutig zu konservativ. „Dadurch kommen wir in eine falsche Ecke.“ Konservativ im Sinne von rückständig, also nicht im Verständnis, wie ich es auch immer gesehen habe, etwas, das auf soliden, festen Fundamenten ruht. Als Generalsekretär der ÖVP war ich der Meinung, dass uns alle europäischen Gäste christdemokratischer und konservativer Prägung herzlich willkommen sind. Das galt natürlich auch für Margaret Thatcher. Ich habe mich also persönlich um Margaret Thatcher und ihren Mann Denis⁴⁶ gekümmert, habe ihnen die Altstadt von Salzburg gezeigt und bin heute noch stolz auf das Foto, das Thatcher gemeinsam mit Lanner in freundschaftlicher Atmosphäre bei der Abschlusspressekonferenz zeigt. Ich muss aber ehrlich sagen, ich habe meine England-„freundliche“ oder Thatcher-„freundliche“ Position nicht aus ideologischen Gründen vertreten, sondern aus der Sicht des Gastgebers. Für mich war Politik immer auch die Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen. Ich bin auch davon überzeugt, dass gute menschliche Kontakte die Gespräche in Sachfragen erleichtern. Wenn die Chemie nicht stimmt, nützt auch gemeinsame Ideologie wenig.

Es dauerte nicht lange und Thatcher wurde britische Regierungschefin. Unvergessen bleibt mir ein Besuch in England. Mein Freund Heinrich Gleißner⁴⁷ war Botschafter in London. Eigentlich habe ich meine Kinder besucht. Zwei von ihnen waren damals auf Sprachkurs in London. Ich hatte Zeit und wollte die neue Premierministerin besuchen. Heinz Gleißner hat nur gelacht: „Du kannst doch nicht die Premierministerin einfach anrufen“. Noch dazu war ich nur der Generalsekretär einer Oppositionspartei, hatte also keinen offiziellen Status. Also habe ich sie selbst angerufen. Und alleine der Name Sixtus hat gereicht, dass ich keine fünf Minuten später wirklich mit ihr reden konnte. Am selben Abend hatte ich ein Abendessen bei ihr in der Downing Street 10. Alle notwendigen Passierscheine hat mir ein Bote persönlich vorbeigebracht. Freilich hat das mit Ideologie, konservativ oder christlich-sozial wenig zu tun. Doch es beschreibt sehr gut, dass gute persönliche Kontakte in der internationalen Zusammenarbeit äußerst hilfreich sein können.

46 | Denis Thatcher (1915–2003), britischer Geschäftsmann.

47 | Heinrich Gleißner (1893–1984), österreichischer Politiker der ÖVP, 1945–1971 Landeshauptmann von Oberösterreich.

Im Jahre 1983 unternahm ich eine Reise nach Japan. Ich war gerade als Generalsekretär der ÖVP ausgeschieden. Mit Unterstützung von Robert Jungbluth⁴⁸, dem Generalsekretär der Bundestheater, habe ich die Reise organisiert. Das war gar nicht so einfach, denn zur damaligen Zeit war Japan ohne Guide kaum zu machen. Warum ich das erzähle: Ich musste lernen, dass man sich in Japan an Statusregeln zu halten hat. Eine dieser Regeln war, wollte man Wertschätzung erfahren, dann musste man in einem guten Hotel wohnen. In einem billigen Hotel wird von einem japanischen Gesprächspartner bloß ein billiger Gesprächspartner erwartet.

Just in diesen Tagen war Thatcher als erster britischer Premierminister seit vielen Jahren in Tokyo. Sie hatte ein mehr als volles Programm, nahm sich aber trotzdem Zeit, mit mir einen Tee zu trinken. Ab diesem Zeitpunkt waren für mich Tür und Tor in Japan offen.

Ich betone diese Erinnerung aus einem einzigen Grund. Es ist entscheidend, wie man mit Menschen umgeht, ungeachtet ihrer politischen Meinung oder ideologischen Ausrichtung. Die „Chemie“ ist wichtiger als alle Formalismen. Die wirklich tragfähigen Beziehungen entstehen meist dann, wenn der Grund und die Vorteile einer späteren Kooperation noch nicht sichtbar sind.

Ich möchte zuerst die Namen Josef Klaus, Karl Schleinzer, Josef Taus und Alois Mock ansprechen, in deren Umfeld Sie – wenngleich in unterschiedlicher Intensität – der Parteiführung nahestanden bzw. selbst als Generalsekretär von 1976 bis 1982 eine Schlüsselposition übernahmen. Die 1970er Jahre waren eine Zeit des Aufbruchs, der Modernisierung. Auch eine Zeit der Krisen und Spannungen. Öl-Schock, Terrorismusangst. Die ÖVP wurde von einem Medien-Kanzler Bruno Kreisky oftmals düpiert und an die Wand gespielt, vielleicht auch in ein reaktionäres Eck gestellt. Wie musste ein ÖVP-Obmann „beschaffen“ sein, um hier überhaupt aus dem Schatten des „Sonnenkönigs“ Kreisky heraustreten zu können? Alle vier ÖVP-Bundesparteiobermänner prägten die Partei in einer besonderen historischen Phase. Welche Schwerpunkte setzten diese vier Personen hinsichtlich der internationalen Parteeinzusammenarbeit?

48 | Robert Jungbluth (1928–2009), österreichischer Theatermanager, 1971–1988 Leiter des Österreichischen Bundestheaterverbandes.

Ich muss auf jeden Fall mit Bundeskanzler Josef Klaus anfangen, denn ich gehörte zu seinem Beraterstab und ich war Ende der 1960er Jahre mehr im Bundeskanzleramt als im Bauernbund. Josef Klaus war grundsatz- und europaorientiert. Für Karl Schleinzner war die Wirtschaft und vor allem die Landwirtschaft ein zentrales Anliegen. Josef Taus ist ein ausgezeichnete Wirtschaftsexperte. Er war zeit seines Lebens ein Unternehmer. Taus war immer ein Mann mit großen Ideen. Internationale Kontakte waren ihm ein Anliegen. Die Politik war aber nicht seine Leidenschaft, sonst würde er es ja heute noch machen. Alois Mock ist ein Mann des Außenamtes. Ihm war die Außenpolitik näher als die Wirtschaftspolitik.

Ich bin ein Proeuropäer der ersten Stunde. Ich habe meine Dissertation Anfang der 1960er Jahre über die europäische Integration und die österreichische Landwirtschaft geschrieben.⁴⁹ Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass diese Arbeit von französischen Freunden übersetzt und publiziert wurde. Meine ersten beruflichen Sporen habe ich mir ab 1962 in der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern verdient. Die Bauern waren zu dieser Zeit sehr positiv für Europa eingestellt, denn in der EWG waren Maschinen, Pflanzenschutzmittel oder Saatgut billiger und die Preise für Weizen, Roggen oder Milch höher. Gemeinsam mit Griebner⁵⁰, Wallner⁵¹, Brandstätter⁵² und Schleinzner waren wir wiederholt auf Goodwilltour in den EWG-Ländern. Damals stand eine Mitgliedschaft noch nicht zur Diskussion. Man war der Meinung, der Staatsvertrag ließe es nicht zu, dass wir uns zu sehr an die Deutschen binden. Wir sollten uns vielmehr an der Schweiz orientieren. Rudolf Kirchschräger⁵³ hat diesbezüglich als Verfassungsexperte immer wieder zur Wachsamkeit geraten.

Österreich war Mitglied der EFTA. Da eine EWG-Mitgliedschaft zunächst nicht in Frage kam, wurde ein Vertrag *sui generis* angestrebt. Die Unterzeichnung erfolgte 1972. Verhandlungsführer war selbstverständlich

49 | *Sixtus Lanner: Der gemeinsame Markt und die österreichische Landwirtschaft, Wien 1965.*

50 | *Isidor Griebner (1906–1983), österreichischer Politiker der ÖVP, 1945–1970 Mitglied des Nationalrats.*

51 | *Josef Wallner (1902–1974), österreichischer Politiker der ÖVP, 1961–1970 Mitglied und 1962–1970 Präsident des Nationalrats.*

52 | *Jakob Brandstätter (1928–1927), österreichischer Politiker der ÖVP, 1967–1987 Mitglied des Nationalrats.*

53 | *Rudolf Kirchschräger (1915–2000), österreichischer Politiker der ÖVP, 1970–1974 Außenminister, 1974–1986 Präsident seines Landes.*

Bundeskanzler Bruno Kreisky. Staribacher⁵⁴ war als Handelsminister dabei, Erwin Lanc⁵⁵ als Vorsitzender des Integrationsausschusses im Parlament. Ich war sein Stellvertreter und daher auch mit dabei. Der Vertrag sui generis brachte eine erste wichtige Annäherung an die EWG, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Landwirtschaft konnte dabei leider kaum berücksichtigt werden. Aber es entstanden neben den vertraglichen Regelungen wichtige persönliche Kontakte, die bei späteren Verhandlungen hilfreich waren.

Die EUCD, deren Vizepräsident Sie waren, gilt im historischen Rückblick als gescheitert. Ihre Organisationsstruktur wurde von maßgeblichen Kräften – sowohl von Parteien und auch von Persönlichkeiten – als zu lose und ineffizient betrachtet. Hinzu kam die Unterscheidung zwischen christdemokratischen und konservativen Parteien, wobei die Letztgenannten in der EUCD ausgeschlossen blieben. Der Wunsch nach einer Verbreiterung oder Vergrößerung des Parteienspektrums bedeutete allerdings nicht nur eine Steigerung der Effizienz bzw. zahlenmäßige Untermauerung eines politischen Anliegens, sondern auch mitunter überdurchschnittlichen Steigerung der Probleme. Wie haben sie das Europabild Anfang der 1970er Jahre unter Karl Schleinzer erlebt?

An lange ideologische Auseinandersetzungen kann ich mich nicht erinnern. Auch über die NEI kann ich nicht viel sagen, obwohl ich so nahe dran war. Aber scheinbar dürften diese NEI keine sonderlich nachhaltige Rolle gespielt haben. Es gab eine wirkliche „parteipolitische“ Triebfeder für uns – die SI. Dort klappte offenbar die Zusammenarbeit. Die Linken schlugen Brücken und wir waren ein individualistischer Haufen. Jeder wusste alles besser. Das musste geändert werden.

Zeitweise waren wir paralyisiert von dieser roten Achse und unserer eigenen Unfähigkeit. Es war ein mühevoller Prozess des Zusammenfindens. Ich erinnere mich an eine Sitzung, wo der Belgier und große Europäer Leo Tindemans gesagt hat: „Wir sind alle noch ‚per Sie‘, keiner kennt die Familie des anderen. Wie sollen wir hier tragfähige Brücken schlagen?“ Das hatte nichts mit Ideologie zu tun. Leo Tindemans

54 | Josef Staribacher (geb. 1921), österreichischer Politiker der SPÖ, 1970–1983 Handels-, Gewerbe- und Industrieminister seines Landes.

55 | Erwin Lanc (geb. 1930), österreichischer Politiker der SPÖ, 1977–1983 Innen- und 1983/84 Außenminister seines Landes.

hat sinngemäß gemeint, mit all diesen Formalismen werden wir nicht weiterkommen. Wir müssen enger zusammenrücken. Wie wollen wir die Menschen von der Überlegenheit unserer Ideen überzeugen, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, uns gemeinsam zu artikulieren?

Trotzdem ist es aber 1976 nicht gelungen, eine alle christlich-demokratischen Parteien umfassende Organisation zu schaffen. Die ÖVP blieb aus der neuen Organisation, der EVP, ausgeschlossen. Wie haben Sie dieses Jahr erlebt?

Meine Meinung dazu ist – damals wie heute – wir hatten andere, wichtigere Probleme 1976: Wie geht es weiter mit der SPÖ und ihrer absoluten Mehrheit? Können wir wieder Tritt fassen? Wir hatten zwar 42 Prozent, aber wir waren die Nummer zwei. Das zentrale Thema unserer politischen Arbeit war nicht, ob wir in der EVP als Beobachter zugelassen sind oder nicht. Fragen der Beschäftigung waren für uns wichtiger: Wie geht es weiter mit der verstaatlichten Industrie? Wie steht es um die Zukunft der Gesundheitsversorgung? Mit Fragen der EVP haben sich mehr die Parteidiplomaten beschäftigt. Ich verstehe, dass die Außenpolitiker, die sich „zersprageln“ und dann nicht einmal einen Beobachterstatus zugestanden bekamen, enttäuscht waren. Mich aber hat die angebliche Verletzung, die von der Gründung der EVP ausgegangen sein soll, nicht erreicht. Die Gesprächskontakte waren auch nach der Gründung der EVP in keinsten Weise unterbrochen. Mit Fanfani⁵⁶, Andreotti, Strauß, Kohl und mit vielen anderen waren wir weiterhin in gutem Kontakt, auch ohne formellen Status.

Sie selbst waren langjähriger Vertreter Österreichs in der COPA,⁵⁷ in der die bäuerlichen Vertreter innerhalb der EUCD ein Koordinierungsgremium besaßen und verfolgten dort eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, die damals wie heute im Gegensatz zu einer zentralen Staatswirtschaft stand und steht. Erst durch diese Rahmenbedingungen wären in Europa gerechte Sozialordnungen möglich. Hat sich Ihrer Meinung nach die europäische Christdemokratie zu sehr zum Fürsprecher der Wirtschaft, d. h. auch der Agrarwirt-

56 | Amintore Fanfani (1908–1999), italienischer Politiker der DC, 1954, 1958/59, 1960–1963, 1982/83 und 1987 Ministerpräsident seines Landes, 1954–1959 und 1973–1975 Vorsitzender seiner Partei.

57 | Die COPA ist der seit 1962 bestehende europäische Verband der Landwirte mit Sitz in Brüssel.

schaft und der Agrarlobbys gemacht? Die europäische Sozialdemokratie scheint die sozialpolitischen Forderungen diktiert zu haben, während die Forderungen der Wirtschaft von den Christdemokraten in der Politik umgesetzt wurden.

Es ist unbestritten, dass innen- und außenpolitisch die Wirtschaftsfragen im Mittelpunkt standen. Eine grundsätzliche Kritik daran würde ich zurückweisen. Man kann nur etwas verteilen, wenn man vorher etwas verdient hat. Und das war die große Wasserscheide. Was man nachher über Sozialleistungen ausgibt, muss vorher erarbeitet werden. Dass sich die ÖVP zu viel für die Wirtschaft eingesetzt hat, würde ich so nicht sehen. Im Verteilen mögen die Sozialdemokraten besser sein, etwas Erarbeiten ist unsere Domäne. Vielleicht ist es in diesem wirtschaftlichen Zusammenhang auch notwendig über Identität zu sprechen. Was uns in Europa gefehlt hat, war der Respekt vor der anderen Kultur. Wir haben zwar die Wirtschaft betont und dafür politisch gearbeitet, andere Lebensbereiche haben wir jedoch vernachlässigt. Das war ein Fehler, begründet in einer gewissen kulturellen Geringschätzung. Das Brutto-sozialprodukt ist notwendig, glücklich macht es nicht. Wenn man die Wirtschaft als „ein und alles“ sieht, dann ist man arm. Meine Zeit war sehr wirtschaftsbetont. Es hat leider dieser Kitt, der notwendig gewesen wäre, gefehlt. Als Kitt verstehe ich auch die Kultur, im Sinne von Respekt und Verständnis für den anderen.

Glauben Sie, dass Sie als europäisch denkender und handelnder Mensch die kulturelle Unterschiedlichkeit falsch eingeschätzt haben? Während in Österreich beispielsweise die Vertretung der Landwirtschaft, der Bauern, eine parteipolitische ist, ist es etwa in Deutschland gänzlich anders. Der Einfluss, den der Bauernbund in Österreich hat, ist in Deutschland vollkommen undenkbar. Dort wird so etwas abgelehnt. Ein französischer Landwirtschaftsvertreter argumentiert anders als ein deutscher Bauernvertreter, ein italienischer Agrarfunktionär betont andere primäre Notwendigkeiten als beispielsweise ein Brite. Hat Ihrer Meinung nach die christdemokratische Parteienzusammenarbeit tatsächlich geholfen, diese inhaltlichen Unterschiede zu überbrücken? Botschafter Heinrich Haymerle⁵⁸ und auch Franz Karasek berichteten regelmäßig an die Bundespartei über die Markt-

58 | Heinrich Haymerle (1910–1990), österreichischer Diplomat, 1960–1964 und 1970–1974 Botschafter in der UdSSR.

situationen der österreichischen Landwirtschaft und auch anderer Wirtschaftszweige. Hat es der „Markt“ notwendig gehabt, dass man sich im Vorfeld im Rahmen von christlich-demokratischen Kooperationen abgesprochen hat?

Ja, diese Treffen und Zusammenkünfte waren sehr hilfreich und sinnvoll. Davon bin ich überzeugt, aber freilich nicht in einem technischen Sinne. Eine gute Kooperation funktioniert anders: Geben, nehmen, geben, nehmen. Das ist eine primitive Formel. Mag sein, dass sich diese Art der Zusammenarbeit heute zu sehr durchgesetzt hat. Die bessere Art der Zusammenarbeit ist immer eine indirekte. Gorbatschow und Kohl sind sicherlich das beste Beispiel dafür. Die beiden haben sich verstanden, ungeachtet ihrer verschiedenen Ideologien, und haben keine Gremien dafür gebraucht. Keiner missbrauchte das Vertrauen des anderen. Die wirklichen Fortschritte sind dort passiert, wo man gespürt hat, die haben Handschlagqualität. Es gibt auch andere Beispiele. Wer nicht miteinander konnte, der konnte nicht. Da half auch keine gemeinsame Partei oder gemeinsame Ideologie. Denken Sie an Margaret Thatcher und Helmut Kohl. Die standen auf derselben Seite und haben sich bis zum Schluss nicht übertrieben gemocht. Umgekehrt bestanden auch Freundschaften zu Sozialisten oder zumindest ein korrektes Verhältnis, das einer Freundschaft oftmals nahe kam. Als Beispiel möchte ich anführen, dass es eine enge menschliche Nähe zwischen dem heutigen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und mir gibt. Wir haben einander immer respektiert und Vertrauen nicht missbraucht. Das ist es auch, was ich unter dem Respekt vor der anderen Meinung oder der anderen Kultur verstehe. Mit Parteizugehörigkeit hat das überhaupt nichts zu tun.

Die bundesdeutsche Unterstützung in maßgeblichen Fragen der europäischen Zusammenarbeit – nicht erst seit Helmut Kohl, aber freilich in einem sehr engen und freundschaftlichen Charakter seitdem Kohl CDU-Vorsitzender war – ist bekannt. Diese Unterstützung wurde von manchen auch als Abhängigkeit definiert. Unbestritten blieb aber, dass sich dadurch die Möglichkeiten der ÖVP erweiterten. Wie haben Sie diese österreichisch-deutsche Zusammenarbeit empfunden? Eine Zusatzfrage wäre, wie war es möglich zwischen den häufigen Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der CSU, zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß eine Position zu finden, die für Österreich, für die ÖVP hilfreich ist, ohne dass einer der beiden deutschen „Freunde“ verstimmt wird?

Hier war ich Zeitzeuge, darüber kann ich authentisch berichten. Ich erinnere mich noch sehr gut an die gemeinsamen Treffen, hier Franz Josef Strauß, dort Helmut Kohl, meistens neben ihm Christian Schwarz-Schilling⁵⁹. Schwarz-Schilling war auch einer, der Kohl hinsichtlich seiner europäischen Ideen oder Visionen beraten hatte. Also: Franz Josef Strauß hat die Welt analysiert, subtil wenn nötig, und dann alles fein säuberlich zusammengesetzt. Faszinierend, wie man es sonst nur von wenigen anderen erlebt hat. Wir Jungen haben begeistert zugehört. Und dann auf der anderen Seite Helmut Kohl. Kohl hat immer mit den Fäusten gesprochen, hat stets schwerfällig gestikuliert. Schon das Zuhören war irgendwie beschwerlich. Wir im Kreis der ÖVP hielten Kohl zu dieser Zeit, also um 1976/80, nicht für sonderlich eindrucksvoll und analytisch. Später habe ich bei einem Besuch der Salzburger Festspiele Abbitte geleistet. In Kohl habe ich mich, wie viele andere auch, sehr getäuscht. Er war und ist ein wirklich großer Europäer. Was bedeutete das jetzt für österreichische Interessen? Wir haben mit Franz Josef Strauß und der CSU sympathisiert, doch in der Sache hat das uns beinahe geschadet. Wollte man in der Bundesrepublik Deutschland etwas erreichen, dann musste man die CDU auf seiner Seite haben. Es war keine Frage: Über der CSU stand die CDU. Und die Gegensätze zwischen Kohl und Strauß waren deutlich und für alle spürbar. Hier haben es die Außenpolitiker, wie Karasek, Khol oder Kurt Fiedler⁶⁰, sicherlich besser gemacht. Die wussten um die Machtstrukturen und um das Gebot der Ausgeglichenheit.

War die EVP, die nur für die Parteien der EWG/EG gedacht war, für die ÖVP eine Zeit der reinen Ausgrenzung geblieben? Oder anders gefragt: War dann die EDU – von Andreas Khol und anderen gerne als Erfolgsgeschichte bezeichnet – tatsächlich ein Schritt in Richtung größerer christdemokratischer, wenn man so will bürgerlicher Bedeutung und effizienterer politischer Kooperation? Gab es für Sie mit der Gründung der EDU so etwas wie eine „progressive Mitte“ (Andreas Khol)? Gab es nicht innerhalb der europäischen Christdemokraten eine „Zweiklassen-Gesellschaft“? Jene, die Mitglied in der EWG/EG waren, und die anderen, die als Mitglieder der EFTA offensichtlich nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch in der zweiten Reihe standen?

59 | Christian Schwarz-Schilling (geb. 1930), deutscher Politiker der CDU, 1982–1992 Post-, Fernmelde- und Telekommunikationsminister.

60 | Kurt Fiedler (1922–1984), österreichischer Politiker der ÖVP, 1962–1979 Mitglied des Nationalrats.

Man muss ganz realistisch sagen, dass alleine die Zeit viel zusammengeführt hat. Der große Unterschied zwischen der EVP und der EDU war eklatant. Die EVP handelte und entschied. Wenn es um gute nachbarschaftliche Beziehungen oder langfristige Strukturen ging, kümmerte sich eher die EDU darum. Aber beides ging nicht unfreundlich über die Bühne. Auch dort nicht, wo wir nicht eingebunden waren. Die Annäherung innerhalb Europas wäre auch so gewachsen – unabhängig von diesen Institutionen. Diese Institutionen sind oder waren – wie so oft – nur eine Hilfskonstruktion. Aber man braucht nicht immer Institutionen. Denken Sie in Österreich an die Paritätische Kommission. Die entstand aus keiner Struktur. Aber sie funktionierte. Das war das entscheidende. Institutionen sind sicher eine wertvolle Hilfe, aber man darf sie nicht überschätzen.

Parteiaußenpolitiker wie beispielsweise Andreas Kohl messen allerdings den Kontakten der 1970er und 1980er Jahre zu später führenden europäischen Politikern derart große Bedeutung bei, sodass Österreich bereits 1995 Mitglied der EU wurde.

Das ist legitim. Meine Meinung ist aber eine andere. Eine direkte Linie, die von der EUCD, der EVP, der EDU, dann zur EU führt, kann ich nicht erkennen.

Welchen Stellenwert nahm die internationale Kooperation im Rahmen der Gesamtpartei ein? Trifft es zu, dass eine Partei in Opposition ein größeres Interesse an einer „Parteiaußenpolitik“ hat, als eine Partei, die Regierungsverantwortung trägt? Es gibt auch Gegenbeispiele: Bruno Kreisky war von 1971 bis 1983 mit einer absoluten Mehrheit in Österreich ausgestattet und verfolgte dennoch innerhalb der SI eine überaus aktive „Parteiaußenpolitik“. Und obwohl Kreisky und seine Außenminister in der Bundesregierung alle Kanäle nutzen konnten, verringerte er keineswegs seine Aktivitäten in der SI.

Freilich sind für den Regierenden die Möglichkeiten unverhältnismäßig größer. Wenn sich jemand in einer wichtigen, einflussreichen Position befindet, dann – ich möchte es so sagen – überlagern sich die kulturellen Hintergründe. In der Regierung können Sie Ideen und Visionen einbringen. Und Sie haben einen Apparat, der Ihnen Informationen und Wissen liefert. Dieses Wissen ist wichtig, denn eine Information mehr oder weniger, kann entscheiden über Sieg oder Niederlage.

Von nachhaltiger Bedeutung waren die Generalsekretär-Treffen nach 1976 in der Ära von Erhard Busek⁶¹ und eben Sixtus Lanner zur Überwindung der Enttäuschung der österreichischen (und schweizerischen) Christdemokraten über das Scheitern an einer Teilnahme an der EVP. In Ihrer Zeit als Generalsekretär wurden diese Treffen zu wichtigen Koordinierungsinstrumenten ausgebaut. Erst ab Mitte der 1980er Jahre verloren diese Treffen weitgehend an Bedeutung.

Prägend für mich waren internationale Bauernkooperationen. Diese Erfahrung auf europäischer Ebene habe ich bereits mitgebracht. Ich habe die Generalsekretäre-Treffen aus dem Grund initiiert, um in den Parteien eine stärkere europäische Dimension einzubringen. „Europa“ sollte ein Teil der nationalen Politik werden. Hinzu kommt, dass ein kleines Land mehr als ein großes trachten muss, Freunde zu pflegen. Ich schätze die Institutionen wie EVP oder EDU nicht gering. Aber Freundschaften kann man auch pflegen ohne Organisation im Hintergrund.

Vielen Dank, dass Sie sich für dieses Gespräch Zeit genommen haben!

61 | Erhard Busek (geb. 1941), österreichischer Politiker der ÖVP, 1991–1995 Bundesobmann seiner Partei, 1991–1995 Wissenschafts- und Forschungsminister sowie Vizekanzler seines Landes.